

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 647

Mittwoch, 10. Januar 2018

25. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<u>Botschaftsverlegung nach Jerusalem: Souveräne Entscheidung oder Kuschen vor Trump?</u>	1
<u>Steht der neue Kongresspräsident fest?</u>	4
<u>Sanktionen gegen den FCN-Nación-Abgeordneten Julio Juárez durch die USA</u>	5
<u>Weitere Klagen über Unregelmässigkeiten bei den Subventionen für KleinbäuerInnen</u>	5
<u>Unterricht in Maya-Sprachen muss ab dem neuen Jahr auch in der Grundschule erteilt werden</u>	6
<u>UNHCR baut ein Haus der MigrantInnen im Petén</u>	6

Botschaftsverlegung nach Jerusalem: Souveräne Entscheidung oder Kuschen vor Trump?

Ein frohes Neues Jahr wünscht die Fijate!-Redaktion, die nun – wie im letzten Heft angekündigt - aus Stephan Brües und Theresa Bachmann besteht.

Zum Jahreswechsel hat es Guatemala mal wieder – wenn auch nur als Kurzmeldung - in die deutschen Nachrichten geschafft, nämlich dadurch, dass Guatemala Präsident Trumps Entscheidung unmittelbar folgt, die Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Damit wird der arabischen Welt signalisiert, dass Jerusalem als die israelische Hauptstadt, nicht aber als Hauptstadt eines palästinensischen Staates angesehen wird. Die Proteste in arabischen und muslimischen Ländern waren gross, auch Europa war wenig erbaut darüber. Aber Guatemala steht Seit ' an Seit ' mit den USA, angetrieben auch durch die mächtigen, konservativen evangelikalen Christen.

Wir wollen die Berichterstattung als Titelthema mit der Sichtweise der guatemaltekischen Regierung beginnen, darauf folgend die Reaktionen aus Palästina, die Argumentation der Evangelikalen dokumentieren und mit einem kritischen Kommentar zum Vorgehen durch den Chefredakteur der Online-Zeitung Nómada, Martin Rodríguez Pellecer, beenden.

Kaum Begründungen durch die Regierung

Kurz nachdem die US-Regierung unter Donald Trump bekanntgab, die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, erklärte auch der guatemaltekische Präsident Jimmy Morales nach einem Gespräch mit dem israelischen Premierminister, Benjamin Netanjahu, dass seine Regierung gleiches mit ihrer Botschaft zu tun werde. Diese Ankündigung wurde von vielen, insbesondere arabischen Staaten heftig kritisiert.

Die guatemaltekische Aussenministerin, Sandra Jovel, wies die Aussage, dass es ein Abkommen oder Druck aus den USA über die Verlegung gegeben habe, von sich. Es habe sich – so sagte sie – um eine „soveräne und richtige“ Entscheidung gehandelt, die einzig und allein der 70-jährigen Freundschaft zu Israel geschuldet sei. „Ich verstehe die Aufregung über das Thema nicht. Wir haben keinerlei Druck von irgendeinem Staat erhalten. Die Entscheidung wurde gefällt, weil wir FreundInnen und Alliierte Israels sind“, sagte Jovel. Es handele sich nicht um eine Verlegung der Botschaft, sondern um die Rückkehr, denn die diplomatische Vertretung Guatemalas war ja bereits einmal in Jerusalem gewesen. Jovel wies erneut darauf hin, dass die Entscheidung eine aussenpolitische sei und dadurch nicht in die Verhandlungen zwischen Israel und Palästina eingegriffen werde. „Wir sind seit jeher Alliierte Israels, FreundInnen. Wir haben zu seinem Entstehen beigetragen“, sagte sie weiter. „Wir haben niemandem irgendetwas versprochen, sondern souverän entschieden.“

Wirtschaftlich gesehen liegen die guatemaltekischen Exportinteressen in Bezug auf den arabischen Raum im Handel

mit Kardamom. Die jetzige Entscheidung über den Sitz der Botschaft werde keinen Niederschlag bei der Exportförderung des Kardamom haben, da alle beteiligten Länder ja Mitglieder der Internationalen Handelsorganisation (WTO) seien und es internationale Abkommen gebe.

Ähnlich äusserte sich auch der guatemaltekische Wirtschaftsminister, Víctor Asturias: Ein Einfluss auf den Handel mit Kardamom in der arabischen Region sei reine Spekulation. Insgesamt lebten etwa 350.000 Familien vom Export dieses Produktes und das Land erwirtschaftete damit etwa 300 Mio. US-Dollar pro Jahr. Falls es doch Probleme geben sollte, dann könnte der US- und zentralamerikanische Plan „Allianz für Wohlstand“ wieder belebt werden und man sich um die betroffenen Familien kümmern, ohne deren Landkreise zu vernachlässigen. (Prensa Libre, 27. Dez.)

Palästina will Guatemala und andere Unterstützerstaaten von Israel boykottieren

Die Autonomiebehörde Palästinas wird mit arabischen Staaten darüber verhandeln, Hilfen für einen Boykott jener Staaten durchzusetzen, die ihre Botschaft nach Jerusalem verlegen, angefangen bei Guatemala. Laut einem Bericht der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa, sagte der palästinensische Aussenminister Riyad Malki gegenüber einem lokalen Radiosender, dass „die palästinensische Autonomiebehörde darauf drängen wird, dass jene Länder, die ihre Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen, boykottiert werden“. Malki bestätigte in dem Interview, dass es am 6. Januar ein Treffen von fünf arabischen AussenministerInnen in Jordanien geben werde, bei dem dieses Thema behandelt werde. Malki versicherte, dass die arabischen Länder sich zusammenschliessen würden, um als erstes Land Guatemala wegen seiner Botschaftsverlegung zu boykottieren. Das Land werde finanzielle Nachteile erleiden, weil 90 Prozent seiner Kardamom-Exporte in die arabische Welt gingen. In der Konferenz der arabischen AussenministerInnen werde versucht werden, aufs Neue „die Resolutionen des Gipfels von Amman von 1980 anzuwenden, die einen politischen und wirtschaftlichen Boykott für die Staaten vorsehen, die ihre Botschaft nach Jerusalem verlegten.“ Zugleich würden sie Mechanismen und Aktivitäten in verschiedenen Hauptstädten der Welt diskutieren, um diese Länder zu bitten, „auf die USA Druck auszuüben, damit diese ihre Entscheidung zugunsten einer Botschaft in Jerusalem zurücknehmen“ und damit verhindern, dass andere Staaten dem Beispiel Washingtons folgen. (Prensa Libre, 28. Dez.)

Evangelikale fordern, dass israelische Flaggen in Kirchen gehisst werden

Die Evangelikale Allianz von Guatemala beglückwünschte die Regierung zu ihrer Entscheidung, die Botschaft Guatemalas nach Jerusalem zu verlegen und dehnte diesbezügliche Forderungen an UnternehmerInnen und Kirchen ihrer Glaubensrichtung aus. In einer Presseerklärung forderte die Allianz die UnternehmerInnen auf, „dazu beizutragen, dass qualitativ hochstehende Produkte hergestellt und auf den offenen Märkten“ in der gesamten Welt bestehen könnten. Dieser Teil der Erklärung bezieht sich darauf, dass die ExporteurInnen ihre Sorgen äusserten, weil diese Entscheidung ihnen womöglich die Tür zu arabischen Märkten verbauen könnte, wo doch die arabische Welt insbesondere Kardamom, Zucker, Früchte, Kaffee und Textilien konsumiere – immerhin im Werte von 226 Millionen US-Dollar im Jahr. Zugleich forderte die Allianz, dass die Kirchen und Personen, die sich als FreundInnen Israels verstünden, die israelische Flagge an öffentlichen Orten hissen sollten - „als ein Zeichen der Hilfe und Solidarität angesichts der Sorge, die uns umtreiben“.

Die Evangelikalen beglückwünschten Präsident Jimmy Morales, Aussenministerin Sandra Jovel und die Abgeordneten, die diese Verlegung vorschlugen, dazu, dass sie damit „eine Tat aus dem biblischen Geiste und im Einklang mit unserer historischen Freundschaft mit dem Volke Israels“ ausgeführt hätten. Diese wertvolle Tat zeige den Willen, eine Politik zu betreiben, die den Gefühlen der Mehrheit der Bevölkerung entspreche, fährt die kirchliche Organisation fort. Sie stellten weiter heraus, dass das Volk bei diesem Thema nicht auf die „lästerlichen und negativen Stimmen“ hören sollten, weil dem Volk Israels beizustehen bedeute, spirituellen und materiellen Segen für Guatemala zu erlangen.

In den vergangenen Tagen hatte die Allianz die Abberufung des Vertreters Guatemalas in der UN, Jorge Skineer Klée, gefordert, da dieser sich bei einer Resolution der Generalversammlung am 21. Dezember 2017 gegen die Entscheidung der USA, ihre Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, enthalten hatte. Sie unterstützte Morales, als dieser mit seiner Erklärung zur Ausweisung von Iván Velásquez, dem Direktor der CICIG, eine politische Krise auslöste.

(Prensa Libre, 27. Dez.,)

Jimmy und Jerusalem als israelische (aber nicht palästinensische) Hauptstadt

Es gibt so viele Landsleute, die so total anders, so steinzeitlich ticken, dass man sich schämt. Und noch schlimmer, diese Steinzeitlichen überzeugen auch noch ihre ahnungslosen Landsleute und sogar gewählte Präsidenten wie Donald Trump, (den mexikanischen Präsidenten) Peña Nieto oder den Herrn aus Guatemala, der Jimmy Morales heisst. Ich will über ihn berichten, damit die Menschen in Palästina und im Rest der Welt uns verstehen und unsere Entschuldigung annehmen wegen der Entscheidung, unsere guatemaltekische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen. Und nicht wissen werden, wie sich das auswirken wird.

Das Interesse Guatemalas, etwas zur Lösung der Palästina-Frage beizutragen, begann in der Zeit unserer demokratischen Revolution zwischen 1944 und 1954. Damals arbeiteten wir bei den Vereinten Nationen mit Nachdruck daran, immer mehr Länder davon zu überzeugen, eine Zweistaaten-Lösung zu akzeptieren, einen jüdischen und einen palästinensischen, mit einer gemeinsamen Hauptstadt Jerusalem. Es mag sein, dass dies nicht die allerbeste Lösung ist, aber es

war jene, an die unsere demokratischen Großeltern dachten, wenn sie den Wert der Solidarität unter den Völkern fördern wollten. Und wir wünschten uns, solidarisch zu sein mit dem jüdischen Volk. Wenn unsere Revolution 1954 nicht durch die konservativen GuatemaltekinInnen und AmerikanerInnen vor dem Hintergrund des Antikommunismus vernichtet worden wäre, hätten die folgenden guatemaltekinischen Generationen nicht nur Solidarität mit den jüdischen FreundInnen, sondern auch mit dem palästinensischen Volk gespürt.

Bevor ich weiter fortfahre, hier ein paar Daten zum Kontext: Die arabischen Staaten akzeptierten nicht den Vorschlag der Vereinten Nationen für zwei Staaten und erklärten Israel den Krieg. Israel hat mit US-Hilfe alle Kriege gewonnen. 1948 verfügten sie über 78 % des Territoriums von Palästina und 1967 besetzten sie das gesamte Land. Besetzen heisst Militarisieren, Steuern verwalten und jegliche Rechte von den BewohnerInnen zu nehmen. Seit 50 Jahren und sechs Monaten. 4 Millionen PalästinenserInnen wurden von ihrem Land vertrieben und können nicht zurückkehren. Und für jeden getöteten Israeli werden zehn PalästinenserInnen ermordet. Wie sagte der uruguayische Jude Drexler: Es gibt keinen Stein auf der Welt, der ein Leben aufwiegt. Alles wurde immer schlimmer für die PalästinenserInnen, seit Israel im Jahre 2000 sich de facto Friedensverhandlungen verweigerte. Sie fühlten sich sehr gut mit ihrem demütigenden Sieg und der militärischen Besatzung [...].

Während all dies im Mittleren Osten geschah, fingen in Guatemala nach dem Staatsstreich durch die CIA gegen die demokratische Revolution in Guatemala die dunkelsten Jahre der modernen Geschichte Guatemalas an (...). Die Barbarei war so gross, dass die US-Regierung unter Carter 1978 die Zusammenarbeit mit Guatemala einstellte. Wer aber half der militär-unternehmerischen Diktatur? Israel, die CIA und die RepublikanerInnen wie Reagan!

Die demokratischen Grosseltern in Guatemala, Israel und den USA würden sich für das monströse Geschehen im Land schämen. Seit 1984 hat Guatemala dafür gekämpft, den Staat von diesen Mafiosi, die es gekapert hatten, zu befreien. Und 2017 sind wir so nahe daran, wie noch niemals zuvor. 2008 gründeten wir eine Kommission (CICIG), angeführt von den Vereinten Nationen, um gegen die Mafiosi zu kämpfen und sie vor guatemaltekinische Gerichte zu bringen und die Straflosigkeit zu beenden. 2015, als sich die CICIG den ersten Präsidenten vorknöpfte, den pensionierten General Otto Pérez Molina, ging die Bevölkerung zu Tausenden auf die Strassen, um den Kampf gegen die Korruption und Straffreiheit zu unterstützen. Laut Umfragen waren 83 % der Bevölkerung für die Demonstrationen. Der guatemaltekinische Frühling taufte es die internationale Presse. Wie der arabische Frühling.

Und wie im Arabischen, gab es Rückschritte. Der Präsident Jimmy Morales ist der letzte Versuch der Mafia, ihre Macht zu behalten. Er ist der Star des Monopolfernsehens, ein radikaler Evangelikaler, ein Politnovize und ein wahrer Heuchler. Da er ein Outsider war, konnte er 25 % in der ersten und 65 % der Bevölkerung in der zweiten Runde gewinnen. Aber zwei Jahre, nachdem er an die Macht gekommen war, befindet sich ein grosser Teil seiner Militärberater im Gefängnis, seine wichtigsten Kongressabgeordneten auf der Flucht oder angeklagt wegen verschiedener Straftaten bis hin zum Mord an Journalisten, sein Bruder und sein Sohn stehen wegen Korruption vor Gericht – und er selbst wurde im letzten Halbjahr vor einem Impeachment geschützt, obwohl Anklagen wegen illegaler Wahlkampffinanzierung und der Annahme von Geldern aus dem Verteidigungsministerium vorbereitet wurden. Seine Popularitätsrate liegt laut einer Umfrage der USAC (Ipmusac) bei 20 %. Im September 2017 gingen wieder zehntausende Menschen auf die Strassen, um gegen die Korruption und Straffreiheit zu demonstrieren und für den Rücktritt der Abgeordneten und Jimmy Morales. Denn Jimmy Morales repräsentiert unser Land nicht in diesem Kampf. Um seine Präsidentschaft zu retten, schloss er eine Allianz mit den korrupten Abgeordneten, mit Gewinnlern, die des Drogenhandels angeklagt sind, mit fragwürdigen RichterInnen, mit dem grossen Teil der Unternehmenseliten, die befürchten, wegen illegaler Wahlkampffinanzierung und ihrer Verbindungen zu den brutalsten Militärs des Krieges verfolgt werden. Denen haben sie die Kontrolle des Geheimdienstes und der internationalen Beziehungen anvertraut. Genau diese obskuren Militärs, die während ihrer Verbrechen während des Bürgerkrieges Alliierte der CIA und der extremen Rechten in Israel waren, sind nun jene, die heute diesen Herrn namens Jimmy dazu treiben, zu entscheiden, die Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, um Trump zuzuwinkern und „weil die Bibel es ihm so vorschreibt“.

Aber das ist nicht wahr. Drei christliche Kirchen, darunter die katholische, haben Trump gebeten, diese Entscheidung, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, zurückzunehmen. In den USA, dem Land, in dem die meisten Menschen jüdischen Glaubens leben, glauben – laut Centro Pew - 60 % dieser Bevölkerungsgruppe, dass Israel nicht den JüdInnen als ein Geschenk Gottes gegeben wurde. Nur die Neo-PfingstlerInnen glauben zu 80 %, dass dies so sei. Na klar, Neo-Pfingstler wie Trump weigern sich, US-Neonazis zu verurteilen, die Schwarze, Latin@s oder Jüdinnen hassen. FreundIn Israels oder der Jüdinnen zu sein bedeutet nicht, Neonazis zu fördern, wie Trump zu glauben scheint. Noch ihnen zu sagen, dass sie die PalästinenserInnen im Heiligen Land fertig machen sollen, wie es der israelische Ministerpräsident Netanjahu, Trump oder Jimmy Morales zu glauben scheinen. Praktisch die ganze Welt ausser diesem Trio glaubt hingegen, dass Freundschaft mit Israel bedeutet, deren Regierung aufzufordern, in Friedensverhandlungen einzutreten und die Besatzung hinter sich zu lassen. Das wollen die PalästinenserInnen auch. Die Alten und die Jungen. Jede/r sechste PalästinenserIn, die von der israelischen Polizei während der Demonstrationen im Dezember 2017 verhaftet worden ist, waren Heranwachsende. Für uns GuatemaltekinInnen repräsentiert uns Jimmy Morales mit seiner Aussenpolitik nicht.

Wir werden alles tun, was wir können, um diese Entscheidung wieder rückgängig zu machen, bevor sie umgesetzt wird.

Nun ja, vielleicht gibt es etwas Gutes, wenn diese Radikalen Netanyahu, Trump und Jimmy entscheiden, dass Jerusalem nur die Hauptstadt Israels und nicht Palästinas sein soll. Wie schrieb doch der palästinensische Anwalt und Schriftsteller Raja Shehadeh im *New Yorker* („Die Machtpolitik hinter Trumps‘ Jerusalem-Erklärung“): Vielleicht ist dies der Zeitpunkt, den die ganze Welt braucht, um mit der Heuchelei aufzuhören und zu sagen, dass Israel und diese Vereinten Staaten von Amerika am Frieden interessiert seien. Es ist Zeit für den Rest des Planeten, sich andere VerhandlerInnen auszu-denken und viel kreativere und würdigere Lösungsansätze zu suchen. Und eines Tages werden wir mit der Befreiung des Staates von den korrupten Mafiosi aufhören können und Guatemala als einen dazu zählen, der es geschafft hat.

Utinam, Inshala, Ojalá. (Martin Rodríguez Pellecer, Kommentar in *Nómada*, 28. Dez.)

Steht der neue Kongresspräsident fest?

Guatemala, 2. Jan. - Am letzten Wochenende sagten vertrauliche Quellen aus dem Kongress gegenüber der Zeitung „La Hora“, dass der Abgeordnete Manuel Conde Orellana von der Partei des nationalen Fortschritts (PAN; *die gerade mal drei Abgeordnete im Parlament hat, d. Red.*), der nächste Parlamentspräsident sein würde, da er wohl auf die Unterstützung von mindestens 70 Abgeordneten und der Akzeptanz durch Präsident Jimmy Morales und dessen Regierungspartei zählen könne. (*Allerdings hat der Kongress 158 Abgeordnete, gebraucht werden also 80 Stimmen, d.Red.*)

Der Abgeordnete der Regierungspartei FCN Nación, Marcos Yax, dementierte, dass seine Fraktion irgendeine Anweisung erhalten habe, die Kandidatur Conde Orellanas zu unterstützen. Allerdings sagte er, dass Conde eine gute Wahl für den Posten sei. „Sie haben uns keinerlei Anweisungen gegeben und wir haben uns auch noch nicht diesbezüglich getroffen, aber ich kann bestätigen, dass es das Beste für den Kongress wäre, wenn wir eine Person wie Manuel Conde wählen könnten. Also wenn jemand, dann jemand von der Qualität Condes.“

Nineth Montenegro von der Partei *Gemeinsam für Guatemala* (EG) erklärte, dass es zwei starke für das Präsidium 2018-2019 gebe, Manuel Conde und der amtierende Óscar Chinchilla, der sich um eine Wiederwahl bemühe. „Ja, Conde ist ein starker Kandidat, aber auch Chinchilla ist immer noch im Rennen“, sagte sie. Vor den Weihnachtsfeiertagen habe es diverse Treffen mit beiden gegeben, aber es habe nach ihrer Einschätzung noch keine klare Entscheidung gegeben, auch wenn wohl mindestens 70 Abgeordnete ihre Stimme Manuel Conde geben würden.

Die Abgeordnete Sandra Morán von der linken *Convergencia* und Mitglied des Ausschusses für Transparenz, sagte, dass sie von der Kandidatur Condes wisse, aber bezweifle, dass seine Präsidentschaft gesichert sei. „Der Abgeordnete Manuel Conde Orellana hat nicht mit uns gesprochen. Aber ich weiss, dass er schon seit vielen Jahren daran arbeitet, Parlamentspräsident zu werden. Soweit ich das beurteilen kann, hat er die Stimmen noch nicht. Es gibt ja viele Abgeordnete, die meinen, dass ja, aber momentan würde ich nicht sagen, dass jemand genügend Stimmen beisammen hat.“

Der Abgeordnete Jean Paul Briere, ebenfalls Mitglied dieses Ausschusses, erklärte, dass es keine Treffen mit einem oder einer PräsidentschaftskandidatIn gegeben habe. „Gegenüber uns kein derartiges Ansinnen, wir haben noch nicht darüber nachgedacht, jemanden konkreten für den Posten zu unterstützen. Wenn jemand Parlamentspräsident werden will, dann soll er zu uns kommen, dann setzen wir uns zusammen und reden und schauen, was dessen oder deren Pläne sind.“

Der aktuell als dritter Vizepräsident des Kongress amtierende Marvin Orellana López (von der BürgerInnenallianz AC und ex-LIDER), erklärte, dass es einige Vorschläge für die Parlamentspräsidentschaft gebe und dass das Präsidium am 11. Januar gewählt werde. „Als Mitglied des Hauptausschusses werde ich beantragen, dass die Sitzung am 9. Januar die noch ausstehenden Themen wie die Wahl der VertreterInnen des Finanzvorstandes und des Rats für Migrationsfragen (CONAMIGUA) behandelt und am 11. das Präsidium bestimmt wird. Ich glaube, dass es einige Vorschläge geben wird und dass bis heute nichts Konkretes entschieden ist“, sagte Orellana López.

Conde Orellana, der während des Wochenendes direkt angesprochen wurde, bestätigte, dass er gerne Parlamentspräsident werden wolle. Er sagte weiterhin, dass er mit Präsident Jimmy Morales darüber gesprochen habe und dass er noch nicht die Unterstützung der Partei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) habe. „Ich habe mit fast allen Fraktionen geredet und hoffe, dass ich auch noch mit der Generalsekretärin der UNE, Sandra Torres, sprechen kann ... und weiteren führenden Köpfen an den ersten Tagen des Jahres. Ich stehe in ständigem Dialog mit Präsident Morales. Der kennt mich und meine politischen Positionen.“

Der Sprecher des Präsidenten, Heinz Hiemann, sagte im Hinblick auf eine mögliche Unterstützung Condes als Parlamentspräsident, dass es nicht die Aufgabe der Exekutive sei, irgendwelche Bewerbungen zu unterstützen. Er respektiere die Gewaltenteilung. In Bezug auf die von La Hora erhaltenen Informationen sagte Hiemann, dass „es die Aufgabe des Kongresses ist, wen sie auf der Basis der Vorschläge jeder Partei mit ihrer Stimme die Vorsitzenden des Präsidium wählen.“ Wer auch immer gewählt werden würde, mit dem werde die Exekutive zusammenarbeiten. Es sei nicht seine Aufgabe, sich in diese internen Angelegenheiten des Parlamentes einzumischen. (LH)

Sanktionen gegen den FCN-Nación-Abgeordneten Julio Juárez durch die USA

Washington DC/Guatemala, 23. Dez. - Die US-Regierung hat auf 13 auswärtige Personen das sog. Magnitsky-Gesetz für globale Verantwortung für Menschenrechte angewendet, darunter auch gegen den Abgeordneten der guatemaltekischen Regierungspartei FCN-Nación, Julio Antonio Juárez Ramírez. Laut einer Pressemitteilung des US-Schatzamt wird Juárez die Einreise in die USA wie auch finanzielle Geschäfte dort untersagt, da die Behörde dem Guatemalteken vorwirft, den Mord an den Journalisten Danilo Efraín Zapón López und Federico Benjamin Salazar befohlen zu haben. Diese Information basiert auf den Untersuchungen der Staatsanwaltschaft (MP) und der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG), nach denen der Kongressabgeordnete Auftragsmörder angeheuert habe, um die Journalisten umzubringen, da diese durch ihre Berichterstattung seine Wahl gefährdet hatten.

Aus der Sicht des ehemaligen Aussenministers, Edgar Gutiérrez, ist diese Anwendung des Magnitzky-Gesetzes eine Botschaft der USA an GuatemaltekenInnen, dass Verbrechen und Korruption in Guatemala internationale Auswirkungen haben werden. Für Gutiérrez verändert diese Ankündigung die kommenden Szenarien zur Wahl einer neuen Obersten StaatsanwältIn und stärkt die Arbeit der CICIG. Der Politiker ist der Ansicht, dass Washington eine Etappe der internationalen Kontrolle der Korruption und Straffreiheit starten wolle, um noch mehr Namen herauszubekommen. Die Aufnahme des Abgeordneten Julio Juárez Ramírez auf die schwarzen Listen der USA sei nur der Anfang dessen, was PolitikerInnen und UnternehmerInnen in diesem Land noch zu erwarten hätten.

Álvaro Montenegro von *Justicia Ya* hält die Nachricht von der Sanktion gegen Juárez für positiv, da dieser eine der Personen sei, die Jimmy Morales am nächsten stehe: „Der Präsident hat ihm noch vor einigen Tagen öffentlich seine Unterstützung zugesagt, nun ist eine klare Botschaft da, die uns zeigt, dass in unmittelbarer Umgebung des Präsidenten Personen sind, die mit kriminellen Strukturen verbandelt sind.“

Für den unabhängigen Analysten, Renzo Rosal, ist diese Nachricht ein „starker Schlag gegen die Regierungsfraktion“. Negativ daran sei freilich ihre öffentliche Wahrnehmung. „Es ist eine komplizierte Nachricht, negativ für das Land, weil hier nicht die üblichen DrogenhändlerInnen auftauchen, sondern von Leuten, die noch immer im Kongress sitzen.“

Mario Polanco von der Gruppe für gegenseitige Hilfe (GAM) freute sich hingegen über die Anwendung des Magnitzky-Gesetzes auf Juárez, da es eine klare Botschaft an die Korrupten sei. „Die Botschaft richtet sich direkt an jene, die illegale Handlungen begehen, dass sie, wenn die nationalen Gerichte nicht funktionieren, auch mit internationalen Verfahren rechnen müssen.“

Für Abgeordnete der Parlamentarischen Front für Transparenz und Demokratie wirft die Aufnahme des Kollegen Juárez auf die schwarze Liste der USA ein schlechtes Licht auf den Kongress. Die Abgeordnete der Fraktion TODOS, Andrea Villagrán, sagte, dass offensichtliche Fehler im politischen System aufgetaucht seien und dass die Sanktion gegen Juárez nicht nur schlecht für das Image des Kongresses sei, sondern auch ein Aufruf an alle Abgeordneten sei, für die BürgerInnen und nicht für eigene Interessen zu arbeiten.

Der Politologe Jorge Wong meinte, dass „die Reputation eines Präsidenten wichtig ist, um überhaupt das Vertrauen der BürgerInnen in die Regierenden zu erhalten“. Wong bezieht sich auf jüngste Aussagen des Präsidenten in Bezug auf die Ermittlungen gegen PolitikerInnen aus seiner unmittelbaren Umgebung: „Der Präsident müsste sehr viel sensibler dafür sein, mit wem er Beziehungen pflegt und die er lobt, weil es ansonsten bedeutet, dass er die Wahrheit über die Personen, die ihn umgeben, nicht kennt oder aber dass er sie kennt und ihnen trotzdem hilft“.

(El Periódico, Prensa Libre, La Hora, Siglo21, Diario de Centro America, Soy502)

Weitere Klagen über Unregelmässigkeiten bei den Subventionen für KleinbäuerInnen

Alta Verapaz, 27. Dez. - Ab dem 3. Dezember diesen Jahres hat das Landwirtschaftsministerium (MAGA) begonnen, über die Nationale Hypothekenbank (CHN) Coupons in Höhe von 200 Quetzales als Agrarsubvention zu verteilen. An mindestens sechs Orten sind nun Berichte über mögliche Unregelmässigkeiten bei der Erstellung der Liste der Begünstigten laut geworden. Etwa 16 BäuerInnenorganisationen haben die politische Bias des Programms beklagt und festgestellt, dass 70% der Namen auf den Listen von den BürgermeisterInnen im Austausch einer ökonomischen Gunst vorgeschlagen worden seien. Sie wiesen auch darauf hin, dass über StadträtInnen bis zu 35 Quetzales von einer Person verlangt wurde, damit diese auf die Liste der Begünstigten aufgenommen werde. Das werfe ein bezeichnendes Licht auf das neue Programm, dass sich an bedürftige Personen, die in extremer Armut leben, richten soll.

Für Edie Cux von der Acción Ciudadana sollten diese Praktiken nicht nur als ökonomisches, sondern als politisches System betrachtet werden, in dem BürgermeisterInnen und Abgeordnete teilnehmen, die dafür sorgen sollen, dass die Hilfe nicht an jene Personen gelangt, die es benötigen, sondern an jene, die ihnen nahe stehen.

Der erste Ort, an dem der Unmut über die Subvention auftrat, war im Gebiet des Ixcán, Department El Quiché, wo die CHN ihre Zuteilung einstellen und die Intervention der Ombudsstelle für Menschenrechte (PDH) erbitten musste. Am 13. Dezember klagten 3.000 BäuerInnen aus Gemeinden im Department San Marcos über Zahlungsforderungen, bevor sie die Coupon erhalten könnten. Am 16. Dezember wurde das Landkreisamt von San Cristóbal Verapaz, Alta Verapaz, von BewohnerInnen besetzt, die nicht einverstanden damit waren, dass ihnen eine Stadträtin 25 Quetzales abverlangte, um die Coupons zu bekommen, die dann gegen landwirtschaftliche Güter der MAGA eingetauscht werden können. Der Protest führte zum Aussetzen der Subvention. Ähnliche öffentliche Klagen wurden aus Concepción Tutuapa und La Blanca, San Marcos sowie La Tinta gemeldet.

Die letzte Klage wurde aus Tucurú, Alta Verapaz berichtet, wo eine Tonbandaufnahme zirkulierte, in der zu hören ist, wie der Bürgermeister des Landkreises, Leonel Victoriano Guzmán, einen Landwirtschaftsberater anschie, weil dieser mit der Verteilung ohne sein Beisein angefangen hatte. Sofort als die BeraterInnen, die von der MAGA auf Vorschlag der BürgermeisterInnen, Abgeordneten oder GouverneurInnen bestellt wurden, die Liste der Begünstigten erstellten, kamen sie überein, dass 30 % der Personen auf der Liste von BäuerInnenorganisationen vorgeschlagen werden sollten und die anderen 70 % im Geheimen von den PolitikerInnen. So bestätigt es die Tonbandaufzeichnung, in der man Guzmán hört, wie er sagt, dass die BeraterInnen Dank ihm ihre Arbeit erhalten hätten, eine Befugnis, die ihm der Landwirtschaftsminister, Mario Méndez Cobar, übertragen habe. Laut der Menschenrechtsverteidigerin María Trinidad haben die BeraterInnen in vielen Landkreisen von Alta Verapaz in der ersten Phase der Übergabe der Coupons zugunsten der BürgermeisterInnen gearbeitet, damit hunderte von BäuerInnen nicht auf die Liste kämen. Sie sagte, dass angesichts der Tonbandaufnahme im Falle des Landkreisbürgermeisters von Tucurú von der Straftat der Vetternwirtschaft gesprochen werden könne. (Prensa Libre, El Periódico)

Unterricht in Maya-Sprachen muss ab dem neuen Jahr auch in der Grundschule erteilt werden

Guatemala, 2. Jan. - Der Ministererlass 3853 – 2017, veröffentlicht am 28. Dezember 2017, verändert das Studienpensum der SchülerInnen der Grundschule. Seit diesem Jahr müssen staatliche wie private Schulen auch Kurse in Mayasprachen anbieten. Neben Mathematik, Sozialkunde, Naturwissenschaft, Sport und Spanisch werden Maya, Garifuna- oder Xinka-Sprachen und -kulturen, Fremdsprachen, künstlerischer Ausdruck, Verständnis für Produktivität und Lern- und Kommunikationstechnologien gelehrt. Der neue Lehrplan wird für GrundschülerInnen der ersten Klasse beginnen, damit für jene, die in die zweite oder dritte Klasse kommen werden, keine Veränderungen entstehen.

UNHCR baut ein Haus der MigrantInnen im Petén

El Ceibo, 26. Dez. - An dem Grenzstreifen in El Ceibo, La Libertad, Petén, hat das Büro des UNHCR und die Sozialpastoral der Diözese des Petén ein Haus für MigrantInnen gebaut, das etwa 150 Personen am Tag versorgen kann. Beide Institutionen erklärten, dass das Ziel der Herberge sei, die MigrantInnen auf ihrem Weg zu unterstützen und zu informieren. Daher wurde das Projekt in einer Schlüsselzone eingerichtet, da sich in El Ceibo hunderte zentralamerikanische MigrantInnen kreuzten, um den amerikanischen Traum zu verfolgen. (PL)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6